



Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Nürnberg-Nord-19. November 2021



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Die Bundestagswahl liegt hinter uns. Auf diesem Wege darf ich mich auch noch einmal ganz herzlich für Ihr Vertrauen bedanken.

Der neue Bundestag hat sich inzwischen konstituiert. Und wir mussten schneller in die Sacharbeit einsteigen, als viele es gedacht hatten. Die Corona-Pandemie mit ihrem neuerlichen dramatischen Anstieg der Infektionszahlen ist die erste große Herausforderung der neuen Wahlperiode. Rasch zeigte sich bei diesem Thema, wie wenig vorbereitet die selbsternannten künftigen Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP auf ein Regieren unseres Landes vorbereitet sind. Erst erweckte man den

Eindruck, die Pandemie sei überstanden. Dann musste man zurückrudern, verwickelte sich in Widersprüche. Die links-gelbe Ampel blinkte in allen Farben und entlarvte sich als lernunwillige Chaostruppe.

Da hilft auch das verzweifelte „Argument“ der Ampel nicht, die alte Bundesregierung sei noch geschäftsführend im Amt und müsse handeln. Betrachten wir die Sache realistisch: Ohne Mehrheiten im Parlament, keine rechtssichere Politik. Deshalb gilt vor allem: Wer Verantwortung übernehmen will, der muss auch so handeln. Dazu gehört es auch, klug abzuwägen und auf die Vorerfahrung der alten Regierung zurückzugreifen. Das Rad muss nicht neu erfunden werden.

Lassen Sie uns konsequent handeln und dafür sorgen, dass dieses Jahr endgültig der letzte Winter mit Masken ist. Ich appelliere an Sie und bitte Sie herzlich: Wenn Sie noch nicht geimpft sind, lassen Sie sich impfen. Wenn Sie bereits geimpft wurden, informieren Sie sich über die Möglichkeit einer Booster-Impfung vor Ort. Lassen Sie sich von Ihrem Hausarzt dazu medizinisch beraten. Ein kleiner Pick, der uns allen hilft. Ich habe mich in dieser Woche bereits boostern lassen.



Herzliche Grüße

Ihr Sebastian Brehm, MdB





Neue beschlossene Corona-Gesetze

Vom Team „Vorsicht“ zum neuen Team „Ich weiß nicht“

Die Länder werden bei der Bewältigung der Corona-Krise künftig weniger Spielraum haben. Nach einem unwürdigen internen Hü und Hott hat die links-grüne Ampel in dieser Woche trotz Bedenken der Ländermehrheit eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes durchgesetzt. Ihr fiel das bewährte Rechtsinstrument der Feststellung der epidemischen Notlage zum Opfer, das zeitnahe Reaktionen auf das Pandemiegeschehen auf Landes- und Bundesebene ermöglichte.

Die Gesetzesnovelle beschränkt sich auf einen abschließenden Katalog von Maßnahmen, die in der jetzigen Phase der Pandemie sinnvoll und angemessen sein könnten. Sie können je nach regionaler Lage differenziert angewendet werden. Dazu gehören u.a. Abstandsgebot, Maskenpflicht, die Vorlage von Impf-, Genesenen- oder Testnachweisen und verpflichtende Hygienekonzepte.

Die CSU rügte in der Debatte im Plenum: „Sie haben keinen Plan für diese Pandemie.“ Die Gesetzesnovelle setze in jeder Hinsicht falsches Signal.

Besteuerung von Landwirten

Wenn der Bauer nicht schwimmen kann, ist die Badehose schuld!



Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Knoblauchstand>

Eine Wertschätzung unserer Landwirte sieht anders aus. Mit der sogenannten Umsatzsteuerpauschalierung geht eine Bürokratievereinfachung für kleine und mittlere Betriebe einher. Aber Entlastung gerade für diese Betriebe ist offensichtlich nicht im Sinne der neuen Mehrheiten im Bundestag. Die zukünftigen Ampelkoalitionäre suchen Auswege aus ihrem Finanzierungsdilemma für ihre Pläne und finden in der neu umzusetzenden EU-Richtlinie des Umsatzsteuer-

rechts für Landwirte eine erste kleine Gelegenheit, die Steuern zu erhöhen.

Denn obwohl in der Sachverständigenanhörung deutlich geworden ist, dass das Berechnungsverfahren intransparent und nicht nachvollziehbar ist, beschließen die links-gelben Koalitionäre den Pauschalierungssatz für Landwirte von 10,7 % auf 9,5 % abzusenken.

Ohne mit der Wimper zu zucken folgt man damit dem offensichtlich schlecht gemachten Gesetzentwurf aus dem Haus von Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Für unsere Bäuerinnen



und Bauern bedeutet dies eine Mehrbelastung von bis zu 95 Millionen Euro im Jahr. Dies dürfte nur ein erster Aufschlag für das sein, was von einer möglichen links-gelben Regierungskoalition für unsere Landwirte zu erwarten sein wird: Steuererhöhungen, zusätzliche Belastungen und neue Auflagen. Wir haben den Gesetzentwurf diese Woche im Bundestag abgelehnt. Meine ganze Rede können Sie sich dazu auf YouTube anschauen: [Link](#)

Migration

Ordnung statt Erpressung bei der Migration!

An der EU-Ostgrenze sehen wir gegenwärtig den ebenso unglaublichen wie zynischen Versuch des belarussischen Lukaschenko-Regimes, Migranten als Mittel zur Destabilisierung der Europäischen Gemeinschaft zu missbrauchen. Doch seine Rechnung scheidet am entschlossenen Handeln der polnischen Regierung bei der Grenzsicherung.

Nun stranden die Migranten - von belarussischen Soldaten und Polizisten bedrängt und immer wieder zum Sturm auf die polnische Grenze angetrieben – im Niemandsland. All diese Menschen haben keine Papiere für die Einreise in die EU. Und Belarus verweigert ihnen die minimalste Versorgung. Dahinter steht die Hoffnung Lukaschenkos, mit Bildern einer humanitären Katastrophe die EU-Staaten zu spalten und zu schwächen. Und er setzt dabei auf politischen Parteien wie die Grünen, die geradezu reflexartig die polnische Regierung kritisieren und damit die Verantwortung für das Drama ganz im Sinne des Kiewer Machthabers verschleiern.

Tatsächlich erfordert das menschenverachtende Handeln des Lukaschenko-Regimes eine entschlossene Antwort Europas. „Deutschland und die EU dürfen sich nicht von den Machenschaften des weißrussischen Diktators Lukaschenko erpressen lassen“, betonte unsere Innenpolitik-Expertin Andrea Lindholz im Plenum. Und unser CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt unterstreicht: „Zu glauben, an der EU-Außengrenze dürfe es keine Grenzsicherung geben, entspricht nicht der rechtlichen Situation und dem politischen Verständnis der EU.“

Wer die Binnengrenzen öffnet, muss die Außengrenzen sichern. Dabei muss die EU Polen unterstützen - auch beim Bau von Grenzsicherungsmaßnahmen.

Neue Töne in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Operation Axt

Kahlschlag bei der Bundeswehr! Die künftige Ampel-Koalition will die geplante personelle Aufstockung der Bundeswehr auf 203.000 Soldatinnen und Soldaten in den nächsten zehn Jahren stoppen. Auch bei der Ausrüstung will sie den Rotstift ansetzen.





Damit gefährden SPD, FDP und Grüne die Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte und die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. Das ist verantwortungslos gegenüber den Angehörigen der Bundeswehr und gegenüber den Menschen in unserem Land.

Sebastian Brehm: „Die Aufgaben und Anforderungen an unsere Armee werden nicht geringer. Sie steigen. Um die Aufgaben der Zukunft erfüllen zu können, braucht die Bundeswehr eine ausreichend große Personalausstattung und eine Erweiterung ihrer Fähigkeiten. Mit der links-gelben Ampel aber gehen die Frauen und Männer der Bundeswehr schweren Zeiten entgegen. Wir als CSU im Bundestag fordern den personellen



Quelle: bundeswehr.de

Aufwuchs und eine weitere Verbesserung der Ausrüstung, um die Bundeswehr für ihre Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung zukunftsfest zu machen.“

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.

